



## Niederschrift

### **17-029. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses des Kreistages**

**am Freitag, 09.10.2015**, 08:30 Uhr bis 10:30 Uhr,  
im Kursaal des "Haus des Gastes" (Bürgerhaus) in Lindenfels, Burgstraße 36

### Tagesordnung

- Punkt 1                      Aktuelle Situation des Luisenkrankenhauses in Lindenfels
- Punkt 2                      Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft  
- Feststellung Jahresabschluss 2014  
Vorlage: 17-1769
- Punkt 3                      Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft  
- 1. Nachtrag 2015 Wirtschaftsplan  
Vorlage: 17-1748
- Punkt 4                      Überplanmäßiger Aufwand im Produkt 3080  
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
Vorlage: 17-1787
- Punkt 5                      Beteiligungsbericht des Kreises Bergstraße für 2015  
Vorlage: 17-1728
- Punkt 6                      Zweiter Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr  
2015  
Vorlage: 17-1802
- Punkt 7                      Satzung des Kreises Bergstraße über die Gewährung von  
Entschädigungen an ehrenamtlich Tätige  
- Änderung/Neufassung  
Vorlage: 17-1782
- Punkt 8                      Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße  
- Neufassung  
Vorlage: 17-1784
- Punkt 9                      Antrag der FDP-Fraktion vom 20.09.2015 betreffend Unter-  
bringung von Flüchtlingen - "Menschenwürdige Unterbringung  
kennt keine Landesgrenzen - Für gemeinsame Lösungen in  
den Metropolregionen"  
Vorlage: 17-1801
- Punkt 10                     Antrag der FDP-Fraktion vom 29.06.2015, eingegangen am  
21.09.2015, betreffend "Wertstofftonne statt DSD"  
Vorlage: 17-1800

- Punkt 11 Antrag der FDP-Fraktion vom 29.06.2015, eingegangen am 21.09.2015, betreffend Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße - "Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Gebührenzahler"  
Vorlage: 17-1798
- Punkt 12 Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs  
- Information der Verwaltung zum Sachstand
- Punkt 13 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;  
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;  
- Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die für 2015 abgegebenen Anzeigen  
Vorlage: 17-1797

### **Anwesende:**

#### **Ausschussvorsitzender:**

Fiedler, Josef SPD

#### **Ausschussmitglieder:**

Arnold, Hermann Peter CDU  
Haag, Alfons CDU in Vertretung für Kunkel, Joachim  
Müller, Anja CDU in Vertretung für Kempf, Bastian  
Schneider, Gottfried CDU in Vertretung für Roeder, Oliver  
Fiedler, Josef SPD siehe auch Ausschussvorsitzender  
Herbert, Gerhard SPD  
Kaltwasser, Jürgen SPD  
Figaj, Thilo GRÜNE  
Schäffer, Manfred GRÜNE  
Dr. Greif, Martin FREIE WÄHLER (anwesend bis zeitweise TOP 9)  
Hörst, Christopher FDP

#### **Fraktionsvertreter/in mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):**

Bitsch, Peter Bürgerunion in Vertretung für Hoch, Haymo  
Dambier, Peter PIRATEN in Vertretung für Zenker, Veronika

#### **Fraktionsvorsitzende:**

Zenker, Veronika PIRATEN

#### **Kreisausschuss:**

Engelhardt, Christian Landrat (anwesend bis zeitweise TOP 10)  
Schimpf, Matthias hauptamtlicher Kreisbeigeordneter

#### **Verwaltung:**

Medert, Martin Finanz- und Rechnungswesen  
Brück, Tobias Finanz- und Rechnungswesen  
Mews, Norbert Finanz- und Rechnungswesen  
Zubrod, Andreas Finanz- und Rechnungswesen

Michel, Christina	Controlling
Marsch, Valentin	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (anwesend bis TOP 3)
Lienert, Stefan	Eigenbetrieb Schule und Gebäudewirtschaft (anwesend bis TOP 3)
Ihrig, Giulia	Auszubildende
Michel, Franziska	Auszubildende
Sattler, Helen	Auszubildende
<b>Schriftführerin:</b> Schüßler, Helene	Bürgerservice, Kreisgremien, Presse, Vereine und Kultur

Der Ausschussvorsitzende, Herr Abgeordneter Fiedler, eröffnete um 08:30 Uhr die 17-029. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung einschließlich deren Erweiterung wurden nicht erhoben.

Der Bürgermeister der Stadt Lindenfels, Herr Helbig, begrüßte die Sitzungsteilnehmer und dankte den Verantwortlichen, dass die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses vom ursprünglichen Sitzungsort Heppenheim kurzfristig nach Lindenfels verlegt worden sei, um die Unterstützung des Kreises für den Erhalt des Luisenkrankenhauses zu signalisieren. Die von der Universitätsmedizin Mannheim geplante Schließung des Luisenkrankenhauses treffe Lindenfels und die Bevölkerung der Umgebung, die durch diese Maßnahme zu "Bürgern 2. Klasse" würde. Die Stadtverordnetenversammlung habe in ihrer gestrigen Sitzung eine Resolution zum Erhalt des Krankenhauses verabschiedet.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

## **Tagesordnung**

### **Punkt 1:                      Aktuelle Situation des Luisenkrankenhauses in Lindenfels**

Herr Landrat Engelhardt zeigte sich verärgert, dass der Kreis und die betroffenen Städte erst sehr spät - am 06.10.2015 - über das Sanierungskonzept der Universitätsmedizin Mannheim (UMM), das eine Schließung des Luisenkrankenhauses und eine Reduzierung des medizinischen Angebots am Heilig-Geist Hospital vorsehe, informiert worden seien.

Gestern habe er an einem ersten Gespräch mit Vertretern der UMM, des Südhessischen Klinikverbunds und der Heilig-Geist-Stiftung über das vorgeschlagene Sanierungskonzept teilgenommen. Der Kreis halte die vorgeschlagenen Maßnahmen für beiden Kliniken für falsch, habe aber fast nur „politische“ Aktionsmöglichkeiten gegen das Konzept.

Weitere Gespräche mit der UMM über das Konzept seien für 10. und 14.10.2015 vorgesehen. Für den nächsten Gesprächstermin seien dem Kreis Unterlagen zum Sanierungskonzept der UMM zugesagt worden.









## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig.

**Punkt 9: Antrag der FDP-Fraktion vom 20.09.2015 betreffend Unterbringung von Flüchtlingen - "Menschenwürdige Unterbringung kennt keine Landesgrenzen - Für gemeinsame Lösungen in den Metropolregionen"**  
**Vorlage: 17-1801**

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst erläuterte den Antrag seiner Fraktion und nannte als Intentionen, der Bevölkerung mehr Informationen über die Unterbringungssituation im Kreis zu geben und "Druck" auf das Land bezüglich der Kostenerstattung für die Unterbringung zu erzeugen.

Herr Kreisbeigeordneter Schimpf sah das Informationsbedürfnis durch die Behandlung des Berichtsantrags der FREIE WÄHLER-Fraktion in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Soziales am 07.10.2015 erledigt und wies auf die in dieser Sitzung zugesagten Quartalsberichte zur Unterbringungssituation hin.

Zu der im Antrag gewünschten Prüfung von ehemaligen Kasernen als Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge erklärte er, der Kreis habe keinen Zugriff auf solche Gebäude. Diese Kapazitäten würden in der Regel von den Ländern für Erstaufnahmeeinrichtungen genutzt.

Weiter fragte er, warum die FDP-Fraktion eine Anfrage und einen inhaltsgleichen Antrag zur Flüchtlingsunterbringung gestellt habe, und nannte eine detaillierte Beantwortung der Anfrage nicht möglich.

Herr Kreistagsabgeordneter Haag lobte die bisher stets umfassende und deutliche Information der Gremien über die Entwicklung der Unterbringungssituation durch die Verwaltung.

Herr Kreistagsabgeordneter Hörst sah den Antrag seiner Fraktion teilweise durch die Entwicklung überholt und kündigte für die Kreistagssitzung am 12.10.2015 eine Änderung des Antrags an.

Auf Frage aus dem Ausschuss nach der Nutzungsmöglichkeit der Odenwaldschule für die Unterbringung von Flüchtlingen teilte Herr Kreisbeigeordneter Schimpf mit, eine Nutzung sei wegen Brandschutzdefiziten nicht möglich. Beim seinerzeitigen Schulbetrieb seien diese Defizite durch eine Schülerfeuerwehr ausgeglichen worden.

Herr Landrat Engelhardt und Herr Kreisbeigeordneter Schimpf betonten, dass der Kreis die Unterbringungssituation derzeit im "Griff" habe und kein "Katastrophenfall" drohe. Bislang seien keine öffentlichen Liegenschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen angedacht. Wenn der Kreis kurzfristig vom Land den Auftrag für die Einrichtung von Notunterkünften erhalten sollte, wäre er vorbereitet und hätte hierfür private Liegenschaften in Aussicht.



